

25. August 2014

www.kas.dewww.kas.de/frankreich

Regierung Valls tritt nach nur fünf Monaten zurück

HOLLANDE ERTEILT VALLS DEN AUFTRAG EINE NEUE REGIERUNG

ZUSAMMENZUSTELLEN

Der Rücktritt war zu erwarten, löst aber nicht die Krise der französischen Politik: Anfang April 2014 übernahmen Premierminister Manuel Valls und seine neue Regierung die Amtsgeschäfte von der Vorgängerregierung Ayrault. Nach nur fünf Monaten (147 Tagen) Amtszeit ist die Regierung Valls I gescheitert und hat der Premierminister am 25. August 2014 den Rücktritt der Regierung verkündet. Präsident Hollande gab am Morgen seinem Premierminister Valls den Auftrag, bis Dienstag, 26. August, eine neue Regierung zusammenzustellen.

Die Spannungen innerhalb der Regierungsmehrheit haben sich in der letzten Woche und am vergangenen Wochenende immer mehr zugespitzt und trotz traditioneller Urlaubszeit einen neuen Höhepunkt erreicht. Wirtschaftsminister Arnaud Montebourg ließ in jüngster Zeit keine Gelegenheit aus, seine Unzufriedenheit über den Wirtschaftskurs der Regierung Hollande/Valls zu bekunden. Schon zuvor präsentierte sich Montebourg ständig als die linke Alternative innerhalb der Sozialistischen Partei. Manche Beobachter sahen darin gar eine Allianz Valls/Montebourg und ein geschicktes Zusammenspiel zwischen Premierminister Valls und seinem Wirtschaftsminister: Montebourg deckt die Linke innerhalb der Regierungsmehrheit ab, Premierminister Valls dagegen den „sozialdemokratischen“ Flügel.

Jetzt hat es Montebourg nach Auffassung von Hollande und Valls offenbar übertrieben. Montebourg forderte offen einen anderen Wirtschaftskurs seiner eigenen Regierung, in der er das Portefeuille des Wirt-

schaftsministers innehatte. Das Fass zum Überlaufen brachte wohl eine gemeinsame Veranstaltung am Wochenende mit Erziehungsminister Benoît Hamon, einem anderen Exponenten der Linken innerhalb der Regierung. Dieser hatte sich zwar in den letzten Wochen mit Kritik an seiner eigenen Regierung eher zurückgehalten. Umso mehr mussten Hollande und Valls diesen gemeinsamen Auftritt von Montebourg und Hamon als Herausforderung und als schwerwiegenden Akt der Illoyalität der beiden Minister werten.

Vermutlich wollte man aber nicht die beiden Minister hochkant aus der Regierung werfen, und damit die Linke innerhalb der Regierungsmehrheit noch mehr gegen das Tandem Hollande/Valls aufbringen, und wählte daher den etwas weniger drastischen Weg einer Regierungsumbildung.

Dass Arnaud Montebourg seine Kritik an der Wirtschaftspolitik seiner eigenen Regierung mit einer harschen Kritik an der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung verband und dabei insbesondere die Politik von Bundeskanzlerin Merkel kritisierte, machte die Situation für Hollande und Valls nicht einfacher, dürfte aber kaum ihre Entscheidung für eine Regierungsumbildung beeinflusst haben.

Gleichwohl sei festgehalten, was Arnaud Montebourg erst vor wenigen Tagen in einem Interview mit der Zeitung Le Monde und an anderer Stelle über die deutsch-französischen Beziehungen und die deutsche Wirtschaftspolitik zu Besten gab. Denn

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NORBERT WAGNER

25. August 2014

www.kas.de

www.kas.de/frankreich

was Montebourg offen sagt, denken nicht wenige innerhalb der linken Regierungsmehrheit und auch darüber hinaus.

Montebourg ruft dazu auf, gegenüber der Unnachgiebigkeit der deutschen Bundeskanzlerin deutlicher aufzutreten ("hausser le ton").

„Wir können uns das nicht länger gefallen lassen. Wenn wir uns anpassen müssen an die extremste Orthodoxie der deutschen Konservativen, würde das bedeuten, daß, selbst wenn die Franzosen für die französische Linke stimmen, sie in Wahrheit ihr Votum abgeben würden für die Realisierung des Programms der deutschen Konservativen.“ („Nous ne pouvons plus nous laisser faire. Si nous devons nous aligner sur l'orthodoxie la plus extrémiste de la droite allemande, cela signifierait que, même quand les Français votent pour la gauche française, en vérité ils voteraient pour l'application du programme de la droite allemande.“ »

„Deutschland ist gefangen in der Falle der Austeritätspolitik, die es ganz Europa aufzwingt. Wenn ich sage Deutschland, möchte ich sprechen von den deutschen Konservativen, die Angela Merkel unterstützen. Frankreich ist nicht dazu berufen, sich an die ideologischen Axiome der deutschen Konservativen anzupassen. Ich kann Sigmar Gabriel, meinem sozialistischen Kollegen im Wirtschaftsministerium, nur danken, der in die gleiche Richtung drängt, wie wir.“
("L'Allemagne est prise au piège de la politique austéritaire qu'elle a imposée à toute l'Europe. Quand je dis l'Allemagne, je veux parler de la droite allemande qui soutient Angela Merkel. La France n'a pas vocation à s'aligner sur les axiomes idéologiques de la droite allemande. Je ne peux que remercier Sigmar Gabriel, mon homologue socialiste à l'Économie, qui pousse dans le même sens que nous".)

Am Dienstag, 26. August, soll nun die Regierung Valls II benannt werden. Arnaud Montebourg und Benoît Hamon werden ihr gewiss nicht angehören. Ausscheiden könnten auch andere Minister, die dem linken Lager zugerechnet werden (Taubira, Filippetti). Im Amt verbleiben werden sicher Fi-

nanzminister Sapin, Verteidigungsminister Le Drian, Landwirtschaftsminister Le Foll, Arbeitsminister Rebsamen.

Es könnte das letzte Aufgebot von Präsident Hollande sein. Die Karte der Regierungsumbildung ist damit vermutlich gespielt. Wie lange diese zweite Regierungsumbildung dem Tandem Hollande/Valls Luft verschafft ist offen. Allseits werden für Frankreich ein sehr schwieriger politischer und wirtschaftlicher Herbst und Winter vorausgesagt. Die Regierung hat keinerlei finanzpolitische Spielräume mehr, die Arbeitslosigkeit ist hoch, Besserung nicht in Sicht, die Wachstumsrate liegt bei Null. Jetzt rächt sich, daß Präsident Hollande nicht sofort nach seinem Amtsantritt einschneidende Reformen umgesetzt hat. Die Hälfte seiner Amtszeit ist um, für beherzte Reformen bleibt ihm jetzt kaum noch Zeit. Er hat seinen Vertrauensvorschuss verspielt.

Allein die Vertrauensabstimmung über die neue Regierung dürfte eine Zitterpartie werden, danach steht die Abstimmung über den Haushalt 2015 an. Schon bei der Vertrauensabstimmung über die erste Regierung Valls im April 2014 verweigerten zahlreiche Abgeordnete des PS dem neuen Premierminister ihre Stimme. Ebenso bei der Abstimmung über den Nachtragshaushalt 2014.

Bei den nächsten Abstimmungen werden zwei wichtige Exponenten der Linken innerhalb des PS nicht mehr der Regierung angehören. Es fragt sich, wie Manuel Valls seine Regierungsmehrheit zusammenhalten wird.

Montebourg dagegen könnte sich zum Märtyrer stilisieren und versuchen, zu einem Gegengewicht gegen die Regierungspolitik zu werden. Seiner Absicht, bei den Vorwahlen zum Präsidentenwahlkampf 2017 anzutreten, könnte das alles nur dienlich sein.

Bei all dem soll nicht der Eindruck entstehen, es handle sich bei der jüngsten Regierungskrise in Frankreich „vor allem“ um einen Konflikt Hollande/Valls versus Montebourg.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NORBERT WAGNER

25. August 2014

www.kas.de

www.kas.de/frankreich

Vielmehr geht es um eine Richtungsentscheidung zwischen einer reformorientierten Wirtschaftspolitik und einer Politik der Verschuldung und des Verlusts der Wettbewerbsfähigkeit, eine Richtungsentscheidung zwischen dem „sozialdemokratischen“ Flügel des PS und der Linken innerhalb des sozialistischen Lagers.

Es geht um die Zukunft Frankreichs.